

# Der Freisinn

# FDP

Eine zentrale Leitidee freisinniger Politik —  
Argumente statt gegnerische Zerrbilder

## Was bedeutet «weniger Staat»?

Mit ihrem Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» (übrigens einer von insgesamt 14) ist es den Freisinnigen bei den eidgenössischen Wahlen offensichtlich gelungen, die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Tätigkeit in breite Bevölkerungskreise unseres Landes hineinzutragen. Eine Tatsache, die bei den politischen Gegnern etwelche Unruhe verursacht, was sie dazu verleitet, den Slogan zu verdrehen. Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel, erläutert den Slogan, der eine zentrale Leitidee freisinniger Politik beinhaltet:

Welche staats- und gesellschaftspolitischen Überlegungen mit diesem Slogan zum Ausdruck gebracht werden, dürfte eigentlich jedermann klar sein, der die eidgenössische und die kantonale Politik der FDP ohne ideologische Scheuklappen betrachtet. Das scheint bei massgebenden Exponenten der Sozialdemokraten und der CVP nicht der Fall zu sein. Ihnen hat offensichtlich der zugkräftige Slogan «weniger Staat» keine Freude bereitet.

### Unterschriftenbogen

für die eidgenössische Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen können beim Schweizerischen Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38, bezogen werden.

Dabei wird ganz offensichtlich — auch wieder bei den baselstädtischen Regierungs- und Grossratswahlen — aus politischen Gründen der Slogan vielfach verdreht. «Weniger Staat» wird etwa

## Inhalt

Für eine Energiepolitik ohne massive staatliche Eingriffe

Spezialseiten für die Kantone Zürich, Bern und Thurgau

Bundesfinanzen und Landesverteidigung

**Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat.**

**Warum stört das gewisse Leute?**

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDP**

wie folgt umfunktioniert: Gegner des Staates, mit staatsfeindlicher Grundhaltung. Abbau von staatlichen Einrichtungen und Leistungen (Schlagwort «soziale Demontage») usw. Ganz abgesehen davon, dass wir Freisinnigen nach wie vor ein enges und positives Verhältnis zu unserem liberalen Staat und seinen Einrichtungen haben: Was mit «weniger Staat» gefordert wird, hat selbstverständlich nichts mit diesem grotesken, staatsgegnerschen Zerrbild zu tun.

**Ja zu einem starken Staat, aber ...**

Die aktive parlamentarische Arbeit der Freisinnigen — im Bund und in den Kantonen — macht deutlich, dass der heutige Staat und seine Einrichtungen unsere volle Unterstützung geniessen. Wir brauchen einen starken Staat, der in der Lage ist, seine gestellten Aufgaben zu erfüllen, und deshalb über die hierfür notwendigen Mittel verfügen muss. Von wesentlicher Bedeutung ist es indessen, dass dem Staat immer wieder klare Grenzen gesetzt werden. Er ist doch schon heute vielfach derart mit Aufgaben überfordert, dass seine Regierungs- und Verwaltungsfähigkeit arg strapaziert, oft sogar in Frage gestellt wird.

Wir setzen uns deshalb bewusst dafür ein, dass insbesondere bei neuen Aufgaben, die dem Staat aufgebürdet werden, dies vermehrt als bisher durch Rahmengesetzgebungen geschieht, das heisst durch gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen, die nicht bis ins letzte Detail alles regeln. Damit soll ein klarer Spielraum einerseits für die Kantone und andererseits für das einzelne Individuum abgesteckt werden. Die administrative Tätigkeit kann dadurch verringert werden, so dass der Beamtenstab, der schon heute teilweise gehörig strapaziert ist, nicht weiter ausgebaut werden muss.

Zwei Beispiele sollen dies illustrieren: Auf eidgenössischer Ebene trat und tritt der Freisinn bei der Altersvorsorge für das Drei-Säulen-Prinzip ein, weil mit der zweiten und dritten Säule die Selbstverantwortung der Firmen bzw. der einzelnen Person gewährleistet werden soll. Dazu braucht es staatliche Rahmenbedingungen (Hilfe bei Eigentumsförderung, Steuererleichterungen usw.). Aber nicht mehr Staat, sondern weniger.

Bei der Mitbestimmungsfrage treten wir für ein betriebliches Rahmengesetz ein, das in erster Linie Grundlage sein soll für gewisse Normen, die bei Gesamtarbeitsverträgen — also beim Ausbau der Sozialpartnerschaft — Gültigkeit haben sollen. Auch hier: staatliche Rahmenbedingungen ja, aber viel Bewegungsspielraum, damit Angestellte und Arbeiter im Dialog, den regionalen und branchenmässigen Bedürfnissen angepasst, echte Mitbestimmung im Betrieb, am Arbeitsplatz, erhalten. Also ein pragmatisches, vernünftiges Vorgehen im Sinne von weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung.

**Private Initiative hat Vorrang**

«Weniger Staat» bedeutet für mich also, dass die Initiative zur Lösung von Problemen, die sich in unserer Industriegesellschaft heute und morgen tatsächlich stellen, in erster Linie mit dem beachtlichen privaten Problemlösungspotential unserer freien Gesellschaft und sozialen Marktwirtschaft — dazu gehören wir alle als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte), Arbeitgeber und Konsumenten — gesucht und gefunden werden kann. Weiter gefördert werden muss das ge-

sellschaftspolitische Verantwortungsbewusstsein aller beteiligten Kreise — Bürger, Institutionen und Organisationen — und die damit verbundene Bereitschaft zum echten Dienst an der Gemeinschaft.

Ich erachte es — um es zu wiederholen — als selbstverständlich, dass es zweifellos politische, soziale und wirtschaftliche Probleme gibt, die in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten angepackt werden müssen, und dass in diesem Zusammenhang Rahmengesetze des Staates vielfach notwendig sind und deshalb bejaht werden müssen. Rahmengesetze, die tatsächlich nur den Rahmen des politischen, sozialen und gesellschaftsbezogenen Verhaltens abstecken, es aber den freien Kräften in unserer liberalen Gesellschaft und Wirtschaft überlassen, in eigener Initiative in einem breiten, staatsfreien Entfaltungsspielraum ihre Aktivitäten verantwortungsbewusst — auch gegenüber der Gemeinschaft — zu entfalten.

Das bedeutet «weniger Staat», wie von freisinniger Seite bereits vor den Nationalratswahlen unmissverständlich gesagt worden ist. Und nicht das, was unsere politischen Gegner daraus immer wieder in einem Zerrbild zu machen versuchen.

### Konsequenzen aufzeigen

Eine einlässliche Aussprache über die sicherheitspolitische Lage führte die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Die russische Invasion in Afghanistan hat im Zusammenhang mit weiteren Ereignissen nach deren Ansicht zu einer massiven Verschärfung der internationalen Lage geführt. Gefährliche Entwicklungen, welche die Sicherheit auch der Schweiz unmittelbar beeinträchtigen würden, liegen für die nächsten Jahre im Bereich des Möglichen. Die FDP-Geschäftsleitung fordert deshalb den Bundesrat auf, die sicherheitspolitische Lage im Lichte der jüngsten Ereignisse zu überprüfen, die Konsequenzen aufzuzeigen und insbesondere die sich im Bereiche der Landesverteidigung aufdrängenden Massnahmen in die Wege zu leiten.

### FDP-Parteitag 1980

und ordentliche Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz finden am 25./26. April in Zürich statt

Eines der Ziele unserer Parteizeitung «Der Freisinn» ist, dem Begehren nach einem stärkeren Informationsfluss zwischen den Parteiinstanzen und ihrer Basis Rechnung zu tragen. Damit soll die Verbindung mit den Mitgliedern der Partei sichergestellt und wenn möglich ausgebaut werden. Als Monatszeitung ist es dem «Freisinn» jedoch kaum möglich, über alle Stellungnahmen der Partei zu informieren. Diese Aufgabe bleibt den aktuelleren Medien — Tageszeitungen, Radio und Fernsehen — vorbehalten. «Der Freisinn» kann jedoch neben Kurzinformationen und wesentlichen Argumentationen umfassende Darstellungen einzelner Probleme oder besonderer Fragen aus freisinniger Sicht bringen. In diesem Sinne möchten wir auch in dieser Nummer weiterfahren.

Die Stellungnahme der Partei zu den Vorschlägen und konkreten Fragen der Gesamtenergiekonzeptions-Kommission umfasst 20 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten. Wir können nicht erwarten, dass sich jedes Parteimitglied der Lektüre der ganzen Vernehmlassungsantwort unterzieht, die im demnächst erscheinenden Jahresbericht publiziert wird, sind aber überzeugt, dass es dennoch in grossen Zügen für die von der Partei eingenommene Haltung orientiert sein möchte. Diese Zusammenfassung finden Sie auf den Seiten 2 und 3.

In gut einem Monat — Ende April — finden in Zürich der Parteitag und die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz statt. Neben den statutarischen Geschäften werden sich die FDP-Delegierten insbesondere mit den ersten Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen befassen.

*Leuenberger*

H. R. Leuenberger

**Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass — mit der SKA**

  
SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Stellungnahme der FDP zur Gesamtenergiekonzeption:

## Für eine Energiepolitik ohne massive staatliche Eingriffe

Im Rahmen der Diskussion über die zukünftige schweizerische Energiepolitik geht es um die zentrale Frage, welche staats- und ordnungspolitische Eingriffe notwendig und tragbar sind, um die energiepolitischen Zielsetzungen unseres Landes zu verwirklichen. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) stellt sich dabei auf den Standpunkt, dass die Bereitschaft, ohne Verzug im Rahmen der bereits bestehenden Möglichkeiten die wichtigen und unbestrittenen Postulate zu verwirklichen, heute dringender ist als endlose Diskussionen über einen Verfassungsartikel und die zukünftige Energiepolitik. Sie lehnt deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt die Schaffung eines Energieartikels in der Bundesverfassung und die Einführung einer Energiesteuer ab. Wie die Partei in ihrer Stellungnahme zur Gesamtenergiekonzeption (GEK) schreibt, stellen dynamische Aktivitäten in den Kantonen und Gemeinden in der Energiepolitik eine echte Chance dar, eine Energiepolitik ohne massive staatliche Eingriffe auf der Grundlage unserer heutigen föderalistischen Struktur zu schaffen.

Ausgangspunkt der freisinnigen Stellungnahme zur GEK bildeten die energiepolitischen Postulate aus den «Zielsetzungen 79/83». Danach ist eine Energieversorgung anzustreben, die ausreichend und sicher ist, volkswirtschaftlich optimal und umweltgerecht. Mit ökologisch sinnvollen Sparmassnahmen, verfeinerter Technik und bestmöglicher Energienutzung muss laut FDP-Zielsetzungen der Verschwendung ein Ende gesetzt werden. Der verbleibende Bedarf jedoch sei nach den Regeln der Marktwirtschaft zu decken, «denn wir wollen nicht über die Energiepolitik Gesellschaftspolitik betreiben». Nur wo die Initiative der Bürger, die Kreativität von Wissenschaft und Technik, die Marktkräfte und das konsequente Ausschöpfen bestehender Gesetze nicht genügen, um die erforderlichen Veränderungen herbeizuführen, sei die Schaffung zusätzlichen Rechtes auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene zu befürworten.

### Unbestrittene Postulate

Grundsätzlich sind sich heute alle Beteiligten darüber einig, dass die energiepolitischen Anstrengungen zur Verwirklichung der Postulate Sparen, Substituieren von Erdölprodukten durch andere Energien und Forschen wesentlich verstärkt und ohne Verzug an die Hand genommen werden müssen. Die FDP tritt dafür ein, dass diese unbestrittenen Postulate auf der Grundlage des heutigen Rechts sofort verwirklicht werden.

Vor allem was das Sparen betrifft, können bereits heute eine ganze Reihe von Massnahmen ergriffen werden, die den häuslichen Umgang mit der Ener-

gie verbessern. Verschiedene Kantone haben bereits damit begonnen, kantonale Energieleitbilder zu erarbeiten, Energiegesetze vorzubereiten und kantonales Baurecht auf Sparziele auszurichten.

Vieles spricht gerade im Bereich der Energiepolitik für die Beibehaltung einer föderalistischen Ordnung. Damit wird der Bürger eher in die Lage versetzt, selber und direkt an der Lösung energiepolitischer Probleme teilzunehmen. Die Entscheidungsabläufe und das Resultat bleiben überschaubar; dies ist mithin eine der wichtigsten Voraussetzungen, damit die nötigen energiepolitischen Massnahmen von der Gesamtheit der Bürger akzeptiert und mitgetragen werden.

### Auf der Grundlage des heutigen Rechts

In ihrer Vernehmlassung zur Gesamtenergiekonzeption richtet die FDP einen Appell an die Kan-

### Was sind energiepolitische Szenarien?

Ein Szenarium umfasst:

- eine mögliche Entwicklung der Energienachfrage;
- eine mögliche Rollenverteilung unter den Energieträgern zur Deckung der Nachfrage (Modal Split);
- ein Bündel energiepolitischer Massnahmen sowie die sich daraus ergebenden rechtlichen, volkswirtschaftlichen, finanziellen, ökologischen, sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und ordnungspolitischen Konsequenzen.

### Was die GEK-Kommission mit Szenario II meint

Unter dem Motto «heutige Rechtsgrundlagen» versteht die GEK-Kommission unter Szenario II:

«(Bessere) Ausschöpfung der heutigen rechtlichen Möglichkeiten: Da die Gestaltung der Energiepolitik auf weite Strecken eine Frage der Gesetzgebung ist, betrachtete es die GEK-Kommission schon aus staats- und ordnungspolitischen Gründen als notwendig, die wichtigsten Szenarien auf die Frage auszurichten, ob diese mit den bestehenden Rechtsgrundlagen (Szenario II) auskommen oder neuer Kompetenzen bedürfen (Szenario III).

In Szenario II greift der Staat ein, aber nur mit Massnahmen, die unter Ausnutzung der Möglichkeiten des heutigen Verfassungsrechts in Bund und Kantonen ergriffen werden können. Es bedarf dazu keiner Aenderung der Bundesverfassung. Es kommen vor allem die Kantone zum Zuge. Voraussetzung ist, dass Bund und vor allem Kantone und Gemeinden auch wirklich handeln. Da die Verwirklichung von Szenario II zweifellos eine Aktivierung der Energiepolitik erlaubt, ist sie als eine grundlegende Option mit ausgeprägten föderalistischen und liberalen Zügen zu betrachten. Sie ist die Antithese zum Szenario III.»

tone und Gemeinden, ohne Verzug die nötigen Anpassungen ihrer Gesetze vorzunehmen und eine aktive Energiepolitik zur Durchführung der Energiespar- und -substitutionsmassnahmen zu

betreiben. Der Appell richtet sich aber auch an die einzelnen Bürger und an die Wirtschaft, ihre Anstrengungen zur Verwirklichung einer Energiepolitik auf der Grundlage des heutigen Rechts und unter Beibehaltung der heutigen föderalistischen Struktur zu verstärken. Die Partei hat die Absicht, wie in den letzten Jahren, in Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien aktiv zu sein und entsprechende Schritte zur Realisierung einer solchen Energiepolitik indiewege zu leiten.

Nur wenn die erhofften Resultate nicht zeitgerecht und im wünschenswerten Ausmass erreicht werden, wäre der nächste anzustrebende Schritt aller Voraussicht nach die Gewährung von neuen Bundeskompetenzen, um die kantonalen Vorschriften zu koordinieren und zu harmonisieren sowie die Durchsetzung von Mindestanforderungen zu ermöglichen.

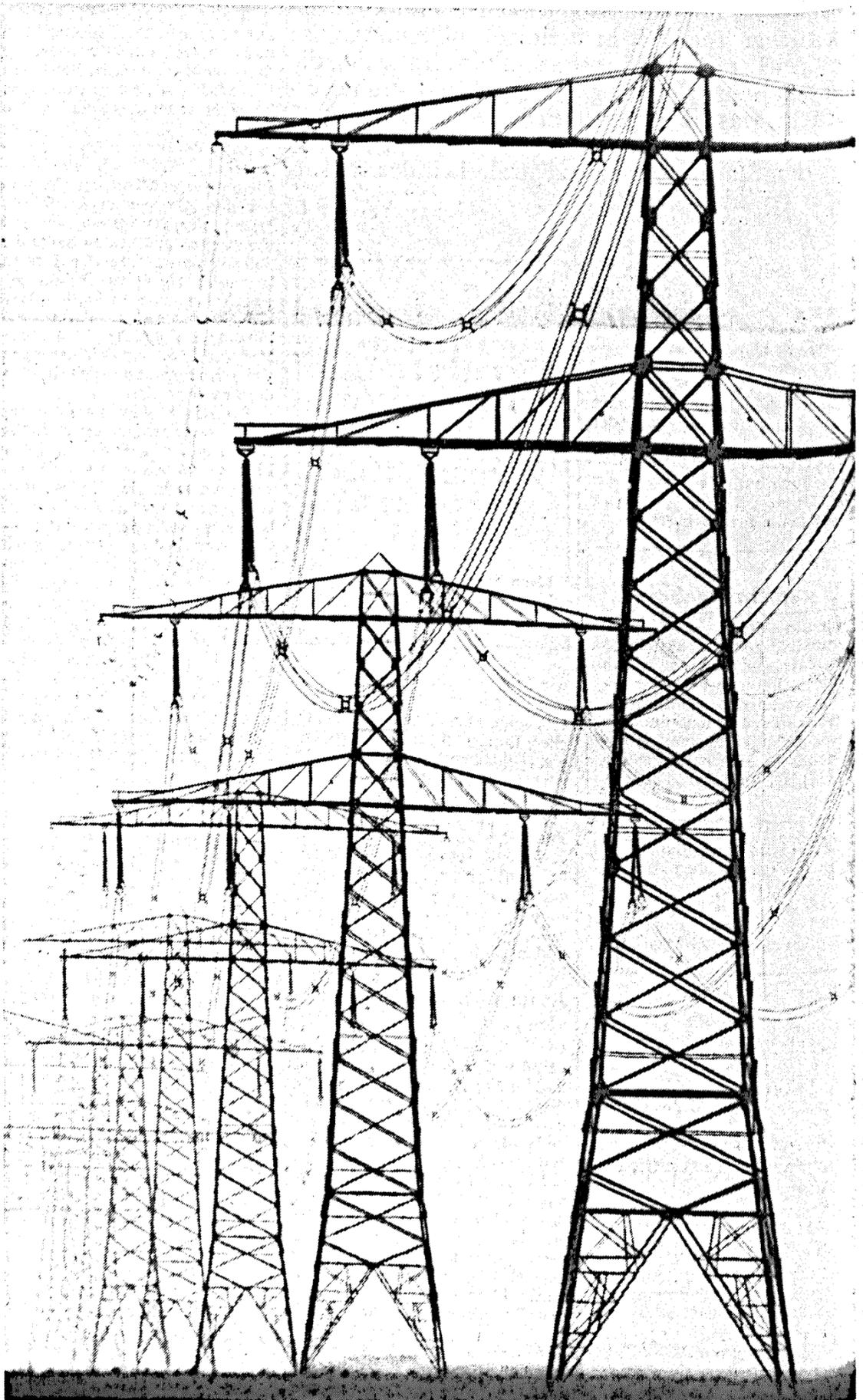
### Szenario II

Von den verschiedenen sogenannten GEK-Szenarien gibt die FDP dem zweiten den Vorzug: Sie tritt ein für eine aktive Energiepolitik auf der Basis des heute vorhandenen Instrumentariums, die ohne Zeitversäumnis realisiert werden kann. Beim Entscheid für eines der Szenarien geht es unter

anderem auch um eine staatspolitische Auseinandersetzung, wobei der föderalistische Aspekt besondere Beachtung verlangt. Energiepolitisch entscheidend ist laut freisinniger Stellungnahme, dass jetzt ohne Verzug gehandelt wird.

Aus der Zustimmung zum GEK-Szenario II ergibt sich für die FDP automatisch die Ablehnung eines Energieartikels in der Bundesverfassung. Die Einführung einer Energiesteuer und die damit verbundene Subventionswirtschaft lehnt die Partei aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Sie ist der Überzeugung, dass die durch die Preiserhöhungen beim Erdöl ausgelösten Marktkräfte ausreichen werden, um die notwendigen Anstrengungen beim Energiesparen und beim Ersatz des Erdöls durch andere Energieträger zu verwirklichen.

Ein Szenario mit Verfassungsartikel brächte unter anderem auch die Gefahr eines Abbaus der marktwirtschaftlichen Ordnung durch staatliche Eingriffe mit sich. Da gerade im Energiebereich über die zukünftige Entwicklung beträchtliche Unsicherheiten bestehen, ist Flexibilität und Dynamik erstes Gebot. Eine staatliche Planung dagegen könnte zu verzögerten Entscheidungen, Starrheit und Bürokratie führen.



JB & B

Die Bärbank publiziert jede Woche ihre Meinung. Der Wochenbericht gehört seit Jahren zur gefragten Lektüre vieler Geschäftsleute, Regierungsstellen, Politiker und Redaktoren – und unserer Kunden.

BANK JULIUS BÄR & CO. AG

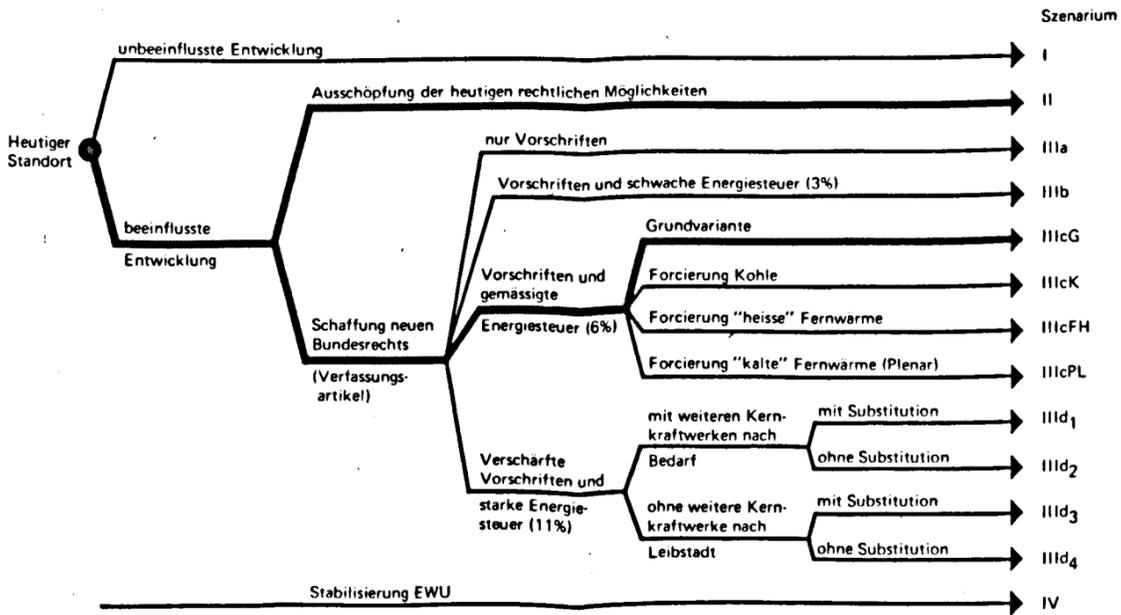
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon (01) 228 51 11

**Aufwand und Nutzen gegeneinander abwägen**

Die FDP gibt dem Szenario II nicht zuletzt aus der Einsicht heraus den Vorzug, dass durch eine zusätzliche Verlagerung der energiepolitischen Kompetenzen auf Bundesebene die in verschiedenen Kantonen bereits feststellbaren erfreulichen Anstrengungen im Energiesektor eine Verzögerungserfahrung könnten.

Die Aussicht auf bundesrechtliche Massnahmen könnte vor allem aber die heute vorhandene Initiative im Energiebereich beim Konsumenten, bei der Wirtschaft und in den Gemeinden und Kantonen lähmen. Der Aufwand für die Einführung und Durchsetzung eines Verfassungsartikels steht somit in einem schlechten Verhältnis zum relativ bescheidenen Nutzen, welcher sich damit allenfalls zusätzlicher Ziele lässt.

**OBERSICHT ÜBER DIE GEK-SZENARIEN**



**J. VON TOBEL & CO.**  
Bankiers  
Zürich, Hauptstrasse 3  
Bahnhofstrasse 3 CH 8022 Zürich Telefon: 01-437011  
Telegramme: CAPBANK Telex: 812.306

**Wie sich die Szenarien charakterisieren lassen**

**Szenario I:** Eingriffslose Entwicklung; die Zukunft wird sich selbst überlassen.

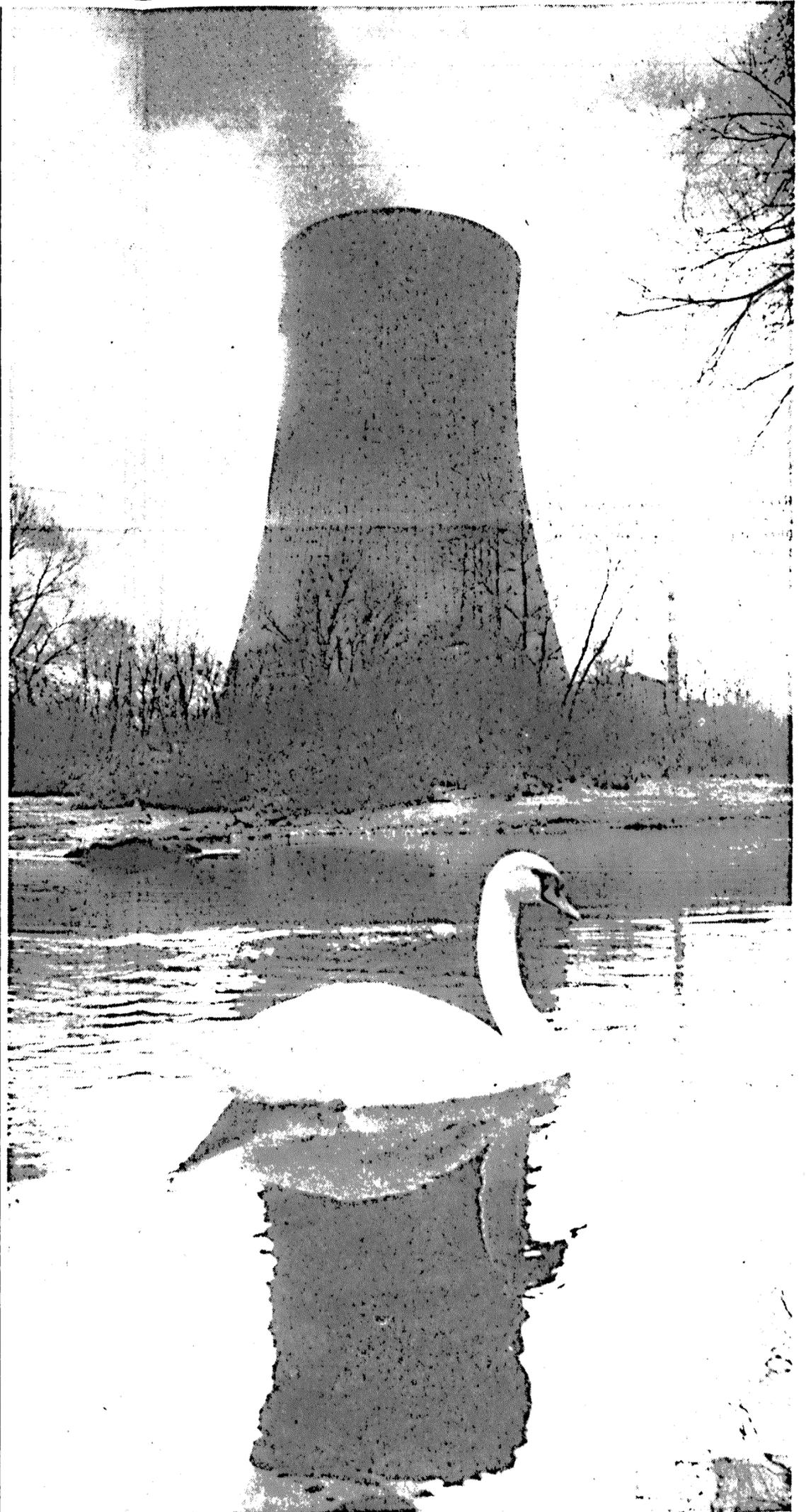
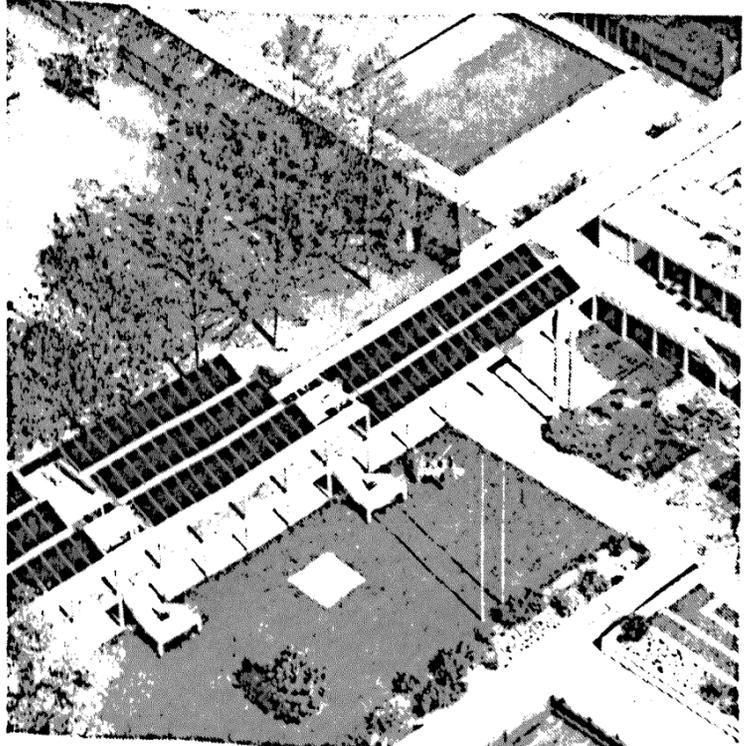
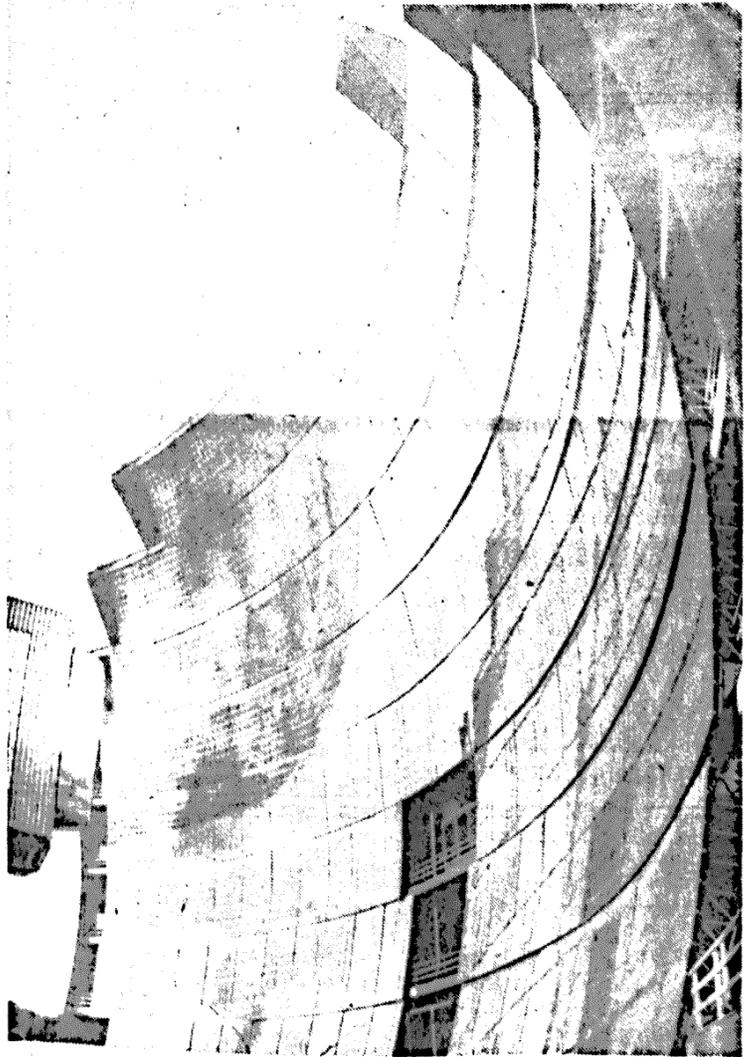
**Szenario II:** Bessere Ausschöpfung der Möglichkeiten des heutigen Verfassungsrechtes für die Verwirklichung einer aktiveren Energiepolitik; es kommen vor allem die Kantone zum Zuge.

**Szenario III:** Bessere Ausschöpfung der Möglichkeiten des heutigen Verfassungsrechtes und zusätzliche Massnahmen

men auf Grund eines neuen Verfassungsartikels für die Verwirklichung einer aktiveren Energiepolitik; der Bund tritt vermehrt in Szene.

Die Untervarianten von Szenario III unterscheiden sich in der Schärfe der Massnahmen, in der Höhe der Energieabgabe und damit im Ausmass der finanziellen Förderung des Bundes.

**Szenario IV:** Stabilisierung des Energiekonsums ab 1985; Energie-Nullwachstum.



Wir haben die Aufgaben  
des Dorfschreiners nicht verlernt –  
wir führen die gute  
alte Tradition weiter:

Die Liebe zum individuellen  
Einrichten liegt unseren Wohnberatern  
näher als verkaufen.

Das ist der spürbare Unterschied  
zwischen solider, handwerklicher Beratung  
und einfachem Vermöbeln.

## Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.  
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85  
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Neu: Jetzt auch mitten im Herzen von Zürich an der Uraniastrasse 28

Offen  
von 10 bis  
20 Uhr

Geborgenheit  
mit Tradition

## Erholung in der Ostschweiz

### 8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

- Speziell empfohlen bei  
**Leber/Galle- und Magenleiden.**
- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
  - gesundes Klima
  - ruhig und sonnig gelegen
  - im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
  - viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
  - Verlangen Sie unseren Kurprospekt



**Kurzentrum Vögelinsegg**  
CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

Zur Erholung und für Ihre Ge-  
sundheit, darum mehr als nur  
Ferien

im Solebad-Kurhotel

### FLAMINGO

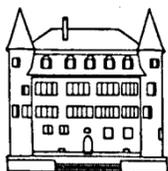
Oberhelfenschwil, Toggenburg

Massagen, Solarium, Fango, Fitness-  
raum, Sprudelbad, Pédicure.

7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis  
von Fr. 320.- (Zimmer mit Dusche/WC  
350.-), Frühstücksbuffet, Abendessen,  
Eintritt in Solebad.

Sonniger, industriefreier Ort im Toggen-  
burg. Verlangen Sie Prospekte. Wir  
freuen uns auf Ihren Besuch.

**Familie M. Thomasius**  
9621 Oberhelfenschwil  
Telefon (071) 55 12 58

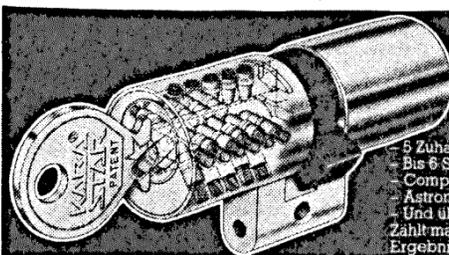


### Schloss Risegg

Das Schloss Risegg liegt 430 m  
ü. M. in bevorzugter Lage, mit mil-  
dem, ausgeglichenem Klima, leicht  
erhöht über der Ortschaft Staad bei  
Rorschach am Bodensee. Umgeben  
von gepflegten Gartenanlagen, in-  
mitten saftiger, grüner Matten –  
ein idealer Ort für Ruhebedürftige  
und Rekonvaleszenten.

Von Krankenkasse anerkannt.

**Schloss Risegg**  
Erholungs- und Kurhaus  
9422 Staad bei Rorschach



### KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zählungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum  
Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



**BAUER KABA AG**

Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481

Lassen Sie  
für Ihren Garten  
sich exklusiv  
von



Gartenbau  
Burstwiesenhof Spross Zürich  
35 45 55

Orgelbauen — Orgelspielen  
Ein tolles Hobby auch für Sie  
Orgelbausätze für Jedermann



**NEU**  
von  
**OWERSI**  
Entertainer

Die günstigste Kleinorgel für alle  
«Beginner»! Die ideale Zweitorgel für  
alle Könner!

Bausatz Fr. 759.—  
Betriebsfertig Fr. 990.—

Verlangen Sie Gratisprospekte oder  
besuchen Sie uns!

**OWERSI - electronic**

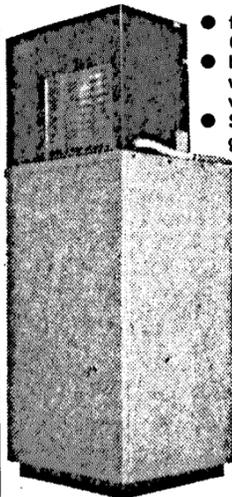
Zürich: Hallwylstrasse 71, Tel. (01) 242 61 69  
Bern: Eigerstrasse 80, Tel. (031) 45 48 48  
Mels: Kauenstrasse 4, Tel. (085) 2 50 50

Echte Alternativen zum Öl... ohne Verzicht auf Komfort!

## ABU-SOLAR Sonnenenergie: sauber – wirtschaftlich – sicher

Konzipiert von Grund auf für bestehende und neue Baubjekte

Warmwasseraufbereitung  
mit Wärmepumpenboiler

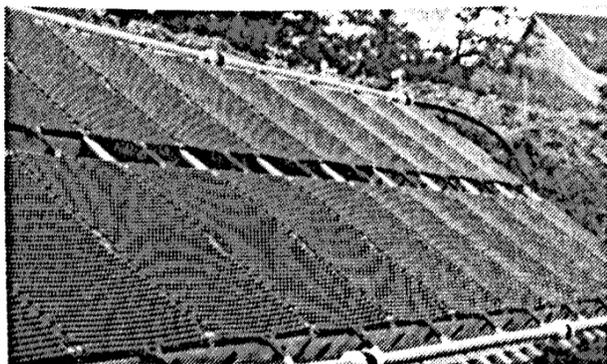


- für Privat und Gewerbe
- bis 70 Prozent weniger Stromverbrauch
- Steckdosenfertig geliefert



Raumheizung,  
Prozesswärme usw.  
mit Sonnenkollektoren

- einstellbarer Kollektorwinkel
- begehbare, reflexionsarme Verglasung



Schwimmbadheizung  
mit KSA-Vollkunststoff-  
kollektoren

(auch als Unterdach- und Erd-  
reichkollektor verwendbar)

- direkte Erwärmung des Schwimmbadwassers
- wartungsfrei, korrosions- und alterungsbeständig
- geringes Gewicht, schnelle Montage

Blumenbergplatz 5  
9001 St. Gallen  
Telefon (071) 22 34 51

Büro Gams  
Postfach 84, 9473 Gams  
Telefon (085) 7 24 03

ABU-SOLAR AG, St. Gallen

### Coupon

für Gratisunterlagen  
einsenden an:

**ABU-SOLAR AG**  
Blumenbergplatz 5  
Postfach  
9001 St. Gallen

Bitte senden Sie Unterlagen über:

- Warmwasseraufbereitung
- Raumheizung, Prozesswärme
- Schwimmbadheizung

Name

Strasse

PLZ

Ort

FDP3



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.  
Das ideale Hotel für erholsame

## Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderkli-  
nik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfall-  
nachbehandlungen und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert.  
Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

**Spezialstudios für Behinderte**

Klinik und Kurhotel  
unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:  
**Kurhotel Valens, CH-7311 Valens**  
Telefon (085) 9 37 14 (Fri. Moosberger verl.)

1891219FDP

**Konferenzen · Sitzungen · Tagungen**  
**mothotel**  
**Geschäfts- sommerau**  
**Essen chur** Ihr Treffpunkt  
ohne Parkplatzsorgen

15. und 16. März 1980  
22. und 23. März 1980

# Tag der offenen Tür

Durchgehend von  
9 Uhr bis 18 Uhr

**Grosse Wohnausstellung**  
auf 5 Etagen mit vielen  
neuen Modellen.  
Beachten Sie unsere grosse  
Auswahl an exklusiven  
Orientteppichen.  
Wir freuen uns auf  
Ihren Besuch.

# indermaur Möbelbauer

B. Indermaur & Co., 9403 Goldach, Möbel- und Polsterwerkstätten, Telefon 071/4116 03

Unsere **Polsterwerkstätte**  
und Schreinerei  
kann besichtigt werden.  
Im Untergeschoss und Lager  
verschiedene Auslaufmodelle  
(Polstergruppen,  
Wohnwände usw.)

FDP/36161

Auch 1980 günstig wie noch nie!

## Amerika in Sicht!



### USA – massgeschneidert!

Unser neues Konzept bietet Ihnen fast unbegrenzte Möglichkeiten für Rundreisen, Badeferien, Fly-Drive, Flüge, Trekking usw. Alle unsere Angebote sind als Baukasten-Programm aufgebaut, und Sie können zusammenstellen, wonach Sie Lust, Laune und Zeit haben. Und vergessen Sie nicht: Das Kursverhältnis Schweizer Franken/US Dollar war noch nie so günstig wie jetzt.

## Rundreisen

2-Wochen-Reise

**Miami-New York Fr. 890.-**

(ab Miami oder New York)

Diese 2-Wochen-Reise von Miami nach New York auf dem Landweg zeigt Ihnen alles Sehenswerte an der Ostküste der USA: Miami, Cape Kennedy, Disney World, Atlanta, Ashville, Washington, Philadelphia, New York. Anschlussprogramme möglich.

2-Wochen-Reise

**Florida/Mexiko Fr. 1790.-**

(ab Miami)

Die Welt der Mayas und Azteken, das Traumland Florida mit seinem Disney World, die Utopie NASA mit dem Raumfahrtzentrum und das Paradies der Cypress Garden. Anschlussprogramme möglich.

2-Wochen-Reise

**The Best of the West Fr. 960.-**

(ab Los Angeles)

Los Angeles, Las Vegas, Grand Canyon, San Francisco usw. sind nur einige der Höhepunkte dieser 3-Wochen-Reise durch den Westen der USA. Eine preisgünstige Reise im klimatisierten Reisebus mit deutschsprachender Reiseleitung.

## Badeferien

1 Woche

**Florida ab Fr. 880.-**

inkl. Flug ab Zürich (und Hotel)

Mitten im sonnigen Ferienparadies – in Miami Beach und Fort Lauderdale – haben wir eine ausgewählte Anzahl guter Hotels, alle direkt am Strand, für Sie ausgesucht. Ein grosses Ferien- und Ausflugsprogramm ergänzen die vielen Möglichkeiten für Ihre Badeferien.

1 Woche

**Grand Bahamas ab Fr. 1150.-**

inkl. Flug ab Zürich (und Hotel)

Kristallklares Meer, Sonne und weisser Sandstrand, soweit Sie sehen können. Viele Sportmöglichkeiten stehen Ihnen zur Verfügung, aber auch Ausflüge und ein Bummel durch Freeport haben ihren besonderen Reiz. Anschlussprogramme möglich.

2 Wochen

**Hawaii ab Fr. 2640.-**

inkl. Flug ab Zürich (und Hotel)

Molokai – vielleicht eines der letzten Paradiese unter den Inseln von Hawaii. Freundlich und mit unverdorbener Schönheit bietet sie eine willkommene Erholung. Auch für Freizeitsportler, die hier schwimmen, reiten, angeln, golf- und tennisspielen können. Kombination USA/Hawaii möglich.

Alle bis heute bekannten Treibstoffzuschläge sind inbegriffen!

Buchen Sie bitte frühzeitig. Beratung und Anmeldung bei allen Traveller-Reisebüros.

# TRAVELLER

4002 Basel Centralbahnstr. 3/5, Tel. 061/22 62 44. 3011 Bern Marktgasse 32/34, Tel. 031/22 87 01. 7000 Chur Quaderstr. 18, Tel. 081/22 18 56. 8253 Dietikon Bahnhofstr. 12, Tel. 01/740 87 77. 1202 Genf 17, rue Carteret, Tel. 022/33 55 64. 8952 Schlieren Bahnhofstr. 4, Tel. 01/730 49 84. 8800 Thalwil Gotthardstr. 36, Tel. 01/720 86 34. 8050 Zürich Bauhof Oerlikon, Tel. 01/48 10 14. 8022 Zürich Pelikanstr. 18, Tel. 01/211 20 33.  
Ihr Spezialist für Gruppen- und Vereinsreisen

## USA-Flüge

**Miami ab Fr. 750.-**

Hin- und Rückflug.

**Los Angeles ab Fr. 1260.-**

Hin- und Rückflug.

**San Francisco ab Fr. 1150.-**

Hin- und Rückflug.

## Fly-Drive

Von Küste zu Küste mit dem Mietwagen auf eigene Faust! Zum Beispiel von Miami nach Los Angeles oder von New York nach Los Angeles und v.v. Das Strassennetz ist hervorragend und der Treibstoff immer noch preiswert. Entdecken Sie Amerika auf Ihre Art!



Verlangen Sie unseren neuen Katalog  
Traveller USA.

### COUPON

Ich interessiere mich  
für folgende Reise:

Bitte senden Sie mir gratis den neuen Katalog

Katalog Traveller USA

Katalog Traveller Ferne Länder 1979/1980

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Einsenden an: Reisebüro Traveller Zürich AG,  
Sumatrastrasse 15, Postfach, 8035 Zürich.

### SILENT GLISS

exklusiver Vorhangstil

Neu: Streifen-, Flächen- und Raffvorhangsysteme. Einzigartige Stoffbilder aus der Feder internationaler Designer.

Fragen Sie Ihren  
Fachhändler oder

VonDach + Co  
SILENT GLISS  
3250 Lyss,  
Tel. 032 84 27 42

### GESUCHT

in der Stadt  
oder Agglomeration Zürich

### BAULAND

für die Erstellung  
von Ein- oder  
Mehrfamilienhäusern.

### GENERALBAU

Dienersstrasse 15  
8004 Zürich  
Tel. 01 242 10 20

malhis ag

«60 Jahre eidgenössische Politik»

## Erfolgreicher zweiter Band der FDP-Geschichte

Auf ein sehr beachtliches Publikumsinteresse ist das Werk von Dr. Eugen Dietschi, alt Nationalrat und alt Ständerat, «60 Jahre eidgenössische Politik – Ein Beitrag zur Parteiengeschichte des schweizerischen Freisinns» gestossen. Der im Verlag der FDP der Schweiz herausgegebene zweite Teil der Parteiengeschichte fand auch in der Presse ein breites Echo.

Der Verfasser behandelt alle dem Bundesstaat aufgetragenen Landesfragen, Völkerbund, Genfer Freizonen, Landesverteidigung in schwieriger Zeit, Krisenpolitik, die geistigen Strömungen zur Zeit der schweren Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre, die mit der AHV unter Leitung von Bundesrat Stampfli gekrönte Sozialpolitik, die Wirtschaftsartikel, die Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, dann die Erweiterung der Basis des Bundesrates und die Stellung der Partei im Zweiten Weltkrieg, die Normalisierung der auswärtigen Beziehungen nach 1945, die Verkehrspolitik, die Agrarpolitik, die europäische Wirtschaftsintegration, die neuen Bundesaufgaben wie Nationalstrassenbau und Raumplanung, das Dauerproblem der Bundesfinanzen, die Konjunktur und die Verwirklichung des Frauenstimm- und -wahlrechts.

Der Leser erhält einen tiefen Einblick in die vielseitige Parteitätigkeit, in ihre Organe, in die Stellung der Fraktion und der Kommissionen, in die verschiedenen Wahlen seit der Einführung des Nationalratsproporz, in die Liberale Weltunion und die Jungliberale Bewegung.

Der ausgezeichnete gegliederte Band enthält ein reiches Bildmaterial, das die führenden Köpfe der Partei in diesem Zeitabschnitt vor Augen führt. Im Anhang mit den Tabellen der Mandatzuteilung, einer Uebersicht der Parteitage und Delegiertenversammlungen und ihrer Berichterstattung, dem Verzeichnis der Partei- und Fraktionspräsidenten sowie der freisinnigen Bundesräte, mit den Parteistatuten von 1929, der Friedensbotschaft vom Tag des Waffenstillstandes 1945, den neuen Statuten von 1977 wird ein bedeutsames dokumentarisches Material vermittelt.

## Bestellschein

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preise von je Fr. 38.- inkl. Porto und Verpackung.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Die Lieferung wünsche ich auf folgende Art:

direkt durch das Generalsekretariat FDP mit beigelegtem Einzahlungsschein

durch meinen Buchhändler:

Buchhandlung:

Adresse:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern

## Beim Schwimmbad bauen dudler Vertrauen!

- Beratung, Planung und Ausführung
- Bau von Garten- und Hallenschwimmbädern
- Wartung von bestehenden Anlagen
- Ihr Ratgeber für richtige Wasserpflege
- Massage und Gegenstromschwimm-Anlagen
- Di-Halo-Sticks

FDP36321

Besuchen Sie unsere Ausstellung an der Bergstrasse 9.  
Geöffnet Di-Fr 17.00 bis 19.00 Uhr, Samstag 8.00 bis 17.00 Uhr.



SCHWIMMBAD  
TECHNIK  
SAUNA  
SOLARIEN  
ZUBEHÖR

Spiesshaldenstrasse 5 8280 Kreuzlingen 072-72 13 32

# OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

ASH  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness  
Grosser Parkplatz

**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



## Hotel Weisses Rössli

9422 Staad  
b. Rorschach  
Telefon  
(071) 42 15 15

Eurocard · Amexco · Diners-Club · Grosser ☐



## Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft.  
Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof,  
CH-8268 Salenstein  
Telefon (072) 64 16 44  
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

## Inserieren

## bringt Erfolg!



# TOSHIBA: Kopieren war noch nie so sicher.

**TOSHIBA** Normalpapier Kopierer – die Verbindung modernster Elektronik mit bewährter Zuverlässigkeit – durch und durch betriebssicher:

Steuerung durch Mikroprozessoren.  
Automatische Tonerkontrolle – konstant hohe Qualität von der ersten bis zur letzten

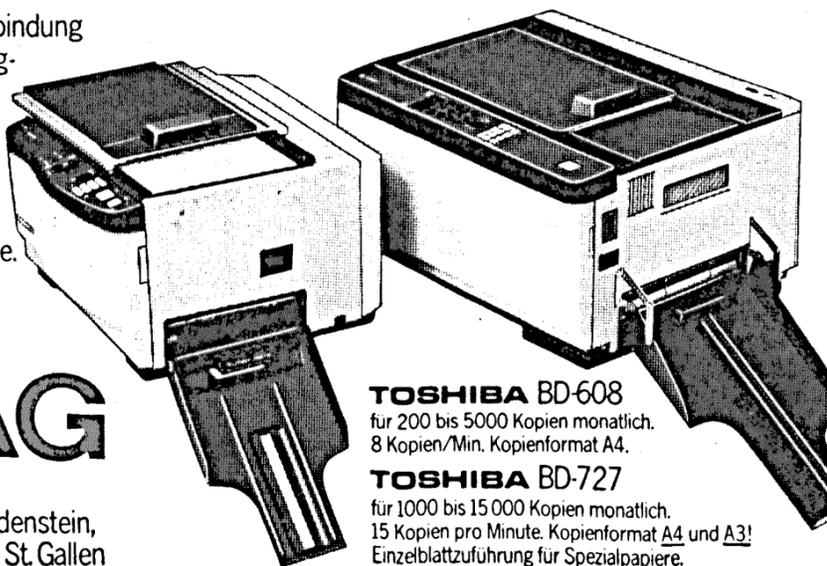
**TOSHIBA** Kopie.  
Bedienungsfreundliches Tastenfeld, Digitalanzeige.  
Vorwählautomatik 1-99. Sofort betriebsbereit.  
Swiss Finish.

Generalvertretung für die Schweiz:

## OZALID AG

Herostrasse 7, 8048 Zürich, Telefon 01/62 71 71

Service-Niederlassungen Basel, Biel, Genf, Haldenstein, Lausanne, Lugano, Luzern, Murten, Rapperswil, St. Gallen



**TOSHIBA BD-608**  
für 200 bis 5000 Kopien monatlich.  
8 Kopien/Min. Kopienformat A4.

**TOSHIBA BD-727**  
für 1000 bis 15 000 Kopien monatlich.  
15 Kopien pro Minute. Kopienformat A4 und A3!  
Einzelblattzuführung für Spezialpapiere.

Weitere Toshiba-Modelle auf Anfrage. Eintausch, Kauf, Miete, Leasing, Copy-Service.

## Überzeugungs-Check

Uns interessiert folgendes Gerät:

- Toshiba BD-608  Toshiba BD-727  
 Senden Sie Prospekte und Preislisten.  
 eine Dokumentation über das Gesamtprogramm.  
 Stellen Sie uns das gewünschte Gerät für 3 Tage zur Verfügung, gratis und unverbindlich.  
 Unterbreiten Sie uns eine Eintausch-Offerte.

ADWORK  
FDP  
Unser Eintauschgerät .....

Name/Firma .....

Zuständig .....

Adresse .....

Gutschein einsenden an Ozalid AG, Herostrasse 7, 8048 Zürich

Die Meinung des Kommandanten eines Infanterieregimentes

## Die Sparmassnahmen des Bundes und die Sicherheitspolitik

Der Bundesrat schlägt in seinen Regierungsrichtlinien und dem damit verknüpften Legislaturfinanzplan eine massive Kürzung der Ausgaben für das EMD vor. Das Armeeleitbild 80 kann so nicht in der vorgesehenen Frist verwirklicht werden, und die Schweiz läuft Gefahr, in einen entscheidenden militär- und rüstungspolitischen Rückstand zu geraten. Im Sinne eines Diskussionsbeitrages veröffentlichen wir nachstehend die Meinung von Dr. Peter Spälti, Hettlingen ZH, der Kommandant eines Infanterieregimentes ist.

Anfang Februar wurden die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1979/83, der damit verkoppelte Finanzplan sowie ein Paket von Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes bekanntgegeben. Im Rahmen der geplanten Sanierung des Bundeshaushaltes soll der für die Realisierung des Armeeleitbildes 1980 notwendige Finanzbedarf für Investitionen in den Jahren 1981-1983 von 8,8 Milliarden auf 7,6 Milliarden Franken gekürzt werden. Damit werden die Rüstungsausgaben, welche sich schon in vergangenen Jahren verschiedene Abstriche gefallen lassen mussten, ein weiteres Mal von einer empfindlichen Kürzung betroffen. Der Bundesrat bezieht sich zwar, in den Richtlinien der Regierungspolitik zu betonen, dass die Armee trotz den finanziellen Einschränkungen weiterhin imstande sei, den im Bericht über die Sicherheitspolitik festgelegten Auftrag zu erfüllen.

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

### Kann die Armee ihre Aufgabe noch erfüllen?

Im Rahmen der Sicherheitspolitik sind der Armee als wesentliche Aufgaben die Kriegsverhinderung und die Kriegsführung übertragen. Die Kriegsverhinderung, oft auch als Strategie des hohen Eintrittspreises oder Dissuasion bezeichnet, stellt einen der wesentlichen sicherheitspolitischen Leitsätze dar. Dies bedeutet, dass alles getan wird, einen möglichen Gegner von einem Angriff abzuhalten, indem ihm glaubhaft vor Augen geführt wird, dass die Schweiz nicht oder nur mit unverhältnismässig grossem Aufwand bezwungen werden kann. Kommt es doch zum Krieg, muss die Armee in der Lage sein, das Staatsgebiet von der Grenze weg nachhaltig zu verteidigen, mindestens aber einen Teil des Landes unter schweizerischer Hoheit zu bewahren.

Es ist offensichtlich, dass die Armee diese Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie über eine entsprechende Abwehrkraft verfügt. Deshalb sagt der Bundesrat auch im Bericht von 1973 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz: «Der Aufrechterhaltung und Steigerung einer auch nach heutigen Massstäben respektgebietenden militärischen Abwehrkraft kommt deshalb grösste Bedeutung zu. Die Armee als unser einziger Machtfaktor hat für die Dissuasion das relativ grösste Gewicht. Hier lohnen sich grosse Investitionen.»

Als eine wesentliche Grundlage für diese Aufrechterhaltung

und Steigerung der Abwehrkraft sollte das sogenannte Armeeleitbild 80 dienen, welches der Bundesrat dem Parlament 1975 vorlegte. Es soll insbesondere eine Kampfwertsteigerung zur Folge haben. Dieses Leitbild 80 stellt militärisch gesehen ohne Zweifel ein Minimalprogramm dar, mit dem bei vollständiger und zeitgerechter Realisierung die Aufrechterhaltung der Abwehrkraft der Armee einermassen sichergestellt werden könnte. Es ging also von vorneherein nie um die Befriedigung von Maximalansprüchen militärischer Interessen.

### Vor neuen Verzögerungen?

Schon im Zeitpunkt der Vorlage des Leitbildes 80 wurde auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten Rücksicht genommen und erfolgten manche Abstriche an militärisch notwendigen Projekten. In der Folge wurde — trotz verschiedenen Vorstössen für eine raschere Realisierung — der ursprünglich geplante Beschaffungs- und Realisierungsrhythmus in den letzten Jahren angesichts der angeblich für die Landesverteidigung zu knappen finanziellen Mittel gebremst. Und nun wird durch die jüngsten vorgesehenen Sparmassnahmen die Realisierung des Leitbildes 80 erneut verzögert und damit der Stand der Abwehrkraft der Armee zusätzlich beeinträchtigt.

Es ist offensichtlich, dass diese Entwicklung im Widerspruch steht zu den Aussagen und Vorgaben des vom Parlament genehmigten Berichtes über die Sicherheitspolitik. Da das Leitbild 80 ein militärisches Minimalprogramm darstellt, welches jetzt kaum mehr vollständig und nur verspätet realisiert werden soll, muss erkannt werden, dass dadurch die Abwehrkraft unserer Armee nicht aufrechterhalten bleibt und somit längerfristig auch ihre Fähigkeit zur Kriegsverhinderung und allfälligen Kriegsführung negativ beeinflusst wird.

### Sicherheit kann nicht kurzfristig gekauft werden

Diese bedenkliche Entwicklung spielt sich nun in einer Zeit ab, wo die sicherheitspolitische Lage äusserst prekär ist. Zu dieser prekären Lage hat nicht etwa allein die russische Intervention in Afghanistan geführt, sondern sie besteht seit langem und ist die Folge der weltweit vorhandenen und je-

derzeit einsatzfähigen militärischen Mittel sowie der russischen Machtstrategie. Diese prekäre sicherheitspolitische Lage wird auch auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Wir sollten uns deshalb auch in unserem Land wieder einmal darüber Rechenschaft geben, dass Sicherheit nicht kurzfristig gekauft werden kann. Was in der längerfristigen Vorbereitung versäumt wurde, lässt sich später kaum mehr fristgerecht korrigieren.

Angesichts dieser Ueberlegungen muss hinter die den militärischen Bereich treffenden Sparmassnahmen ein grosses Fragezeichen gestellt werden. Sicher bieten sich im Rahmen der militärischen Tätigkeit und wohl auch im EMD noch einige Sparmöglichkeiten an, die auszunutzen sind. Auch ein Ueberdenken der Prioritäten in bezug auf den Einsatz der finanziellen Mittel scheint angebracht (Verzicht auf gewisse Bauten zugunsten der direkten Steigerung der Kampfkraft). Das ändert aber nichts daran, dass weitere Kürzungen im Umfange der Vorschläge zu den Sparmassnahmen in höchstem Masse bedenklich sind, weil sie — trotz den Beteuerungen des Bundesrates — die Abwehrkraft beeinträchtigen.

Wir sind auf einem schon seit langem begangenen gefährlichen Pfad an einem Punkt angelangt, wo letztlich die Glaubwürdigkeit unserer bewaffneten Neutralität auf dem Spiele steht. Können da Bundesrat und Parlament für eine weitere Schwächung der Abwehrkraft der Armee die Verantwortung tragen?

### Rebellen?

Totalitäre Systeme pflegen jede Information in den Dienst ihrer politischen und ideologischen Ziele zu stellen. Sie wollen nicht in erster Linie Tatsachen zur Kenntnis bringen, sondern beeinflussen, manipulieren, unerwünschte Tatbestände verwischen und bei den Informationsempfängern ihnen günstige Vorstellungen hervorrufen. Dabei verdrehen sie die Sprache und unterschieben vielen gängigen Begriffen einen andern Sinn. So wundert man sich auch keineswegs, dass die östlichen Nachrichtenmedien die Träger des afghanischen Widerstandes gegen die Besetzungsmacht als Banditen titulieren und sie als ausländische Agenten verächtlich zu machen versuchen. Befremdlich aber klingt es, wenn auch bei uns diese Widerstandskämpfer dauernd als Rebellen bezeichnet werden. Mit dem Begriff des Rebellen verbindet sich nämlich gemeinhin die Vorstellung des Unbotmässigen und des Aufbruchs gegen eine legitime staatliche Ordnung, und weil nach den uns geläufigen Vorstellungen die staatliche Ordnung eine auf Verfassung und Gesetz gestützte Rechtsordnung ist, hat der Begriff des Rebellen in der Regel negative Züge.

In Tat und Wahrheit sind die afghanischen Kämpfer gegen die sowjetischen Eindringlinge keineswegs Rebellen. Sie sind das genauso wenig, wie der russische Panzerkommunistenbrüderliche Hilfe ist. Vielmehr sind sie Kämpfer für Freiheit und nationale Unabhängigkeit ihres von einer fremden Macht besetzten Landes, dessen gegenwärtige Regierung mitnichten eine legitime, sondern eine von der Besetzungsmacht aufgezwungene und von der Bevölkerung abgelehnte ist. Für Leute wie den gegenwärtigen Regierungschef Karmal hat sich seit dem Ueberfall auf Norwegen im Frühjahr 1940 der Name des damals von den Nazis eingesetzten Statthalters Quisling als Gattungsbegriff und gleichbedeutend mit «Verräter» eingebürgert.

Voraussetzung für jedes klare Urteil ist klares Denken und eine klare Sprache. Man muss auch in der internationalen Politik die Kinder beim Namen nennen, sonst werden uns von der kommunistischen Propaganda und ihren Helfershelfern in manchen westlichen Nachrichtenmedien immer mehr Kinder unterschoben, die keineswegs die unsrigen sind.

Rudolf Friedrich

### Terminkalender

#### März

25. Presseverband, Mitgliederversammlung  
Reservedatum FDP Schweiz

#### April

11./12. Cours des jeunes (romand)  
21.-25. allf. Sondersession eidgenössische Räte  
Geschäftsleitung  
24. Delegiertenrat  
25./26. Ordentliche Delegiertenversammlung/Parteitag

#### Mai

9. Sekretärenkonferenz  
9./10. Reservedatum FDP Schweiz

19./20. Presseverband, Generalversammlung  
23. Fraktionsvorstand/  
Fraktionssitzung

#### Juni

2.-20. Session eidgenössische Räte  
2. Fraktionsvorstand  
3. Fraktionssitzung  
8. Eidgenössische Volksabstimmung  
Geschäftsleitung  
9. Fraktionsvorstand/  
10. Fraktionssitzung  
11. Fraktionsausflug  
20. Delegiertenrat

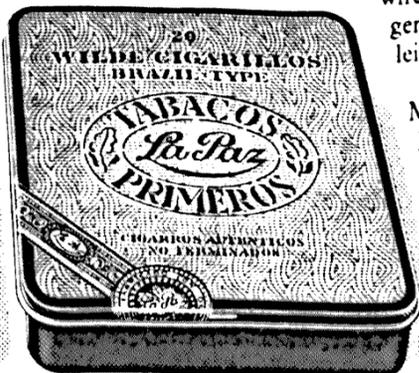
#### Juli

4. Geschäftsleitung  
4./5. Reservedatum FDP Schweiz

# Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück/Fr. 6.-



20 Stück/Fr. 8.-

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

Wieder Bewegung in der Jurapolitik

# Béguelins Wiedervereinigungsprogramm stösst auch in den eigenen Reihen auf Kritik

Im Jura ist in den letzten Tagen wieder einiges ins Rollen gekommen, und wenn die Vorzeichen nicht täuschen, könnte der Konfrontationskurs des Rassemblement jurassien (RJ) in naher Zukunft die Gemüter wieder zum Erhitzen bringen. RJ-Generalsekretär Béguelin sucht offenbar die Flucht in die Offensive, um den Wiedervereinigungsgedanken nicht ganz vergessen zu lassen: Sowohl die vor einigen Wochen angekündigte «Unabhängigkeitsproklamation» der bernischen, aber mehrheitlich separatistischen Gemeinde Vellerat als auch die auf den 16. März angesagte Generalversammlung des Rassemblement, die in Cortébert im Berner Jura stattfinden soll, haben auf bernischer Seite bereits zu Reaktionen geführt. Ins gleiche Kapitel, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, gehört schliesslich der Rücktritt von Ständerat Roger Schaffter als RJ-Vizepräsident.

Bereits am letzten Fest des jurassischen Volkes liess Roland Béguelin aufhorchen, als er seine Wiedervereinigungspläne konkretisierte und die Stadt und den Bezirk Moutier als erste Etappe auf dem Weg zu einem vereinigten Jura, der von Boncourt bis La Neuveville reichen soll, bezeichnete. Die an der Grenze zum Kanton Jura gelegene Gemeinde Vellerat soll nun offenbar zu einem ersten Testfall für die künftige Strategie des RJ erhalten.

### Gemeindeabtausch möglich

Wie eine Wochenzeitung unlängst zu berichten wusste, sind in der Gemeinde Vellerat Vorbereitungen im Gang, um den Uebertritt zum Kanton Jura zu proklamieren. In einem Interview in einer jurassischen Tageszeitung betonte Béguelin wenige Tage darauf, der Ball liege an Vellerat; es liege nicht an ihm, der Gemeinde vorzuschreiben, was sie unternehmen solle. In seiner gewohnten Art verzichtete Béguelin darauf, sich auf eine präzise Aussage festzulegen, stellte aber immerhin fest, das Rassemblement würde einen solchen Schritt wärmstens unterstützen.

Vellerat hatte sich in den beiden ersten Juraplebisziten jeweils deutlich für die Bildung eines neuen Kantons ausgesprochen. Am dritten Juraplebiszit konnte die Gemeinde jedoch nicht teilnehmen, da sie zu jenem Zeitpunkt nicht an der Grenze zwischen Bern und dem Kanton Jura lag. Vellerat blieb in der Folge bernisch und kam nach der Grenzbereinigung des dritten Plebiszits, bei dem sich die ihm vorgeschobene Gemeinde für den neuen Kanton ausgesprochen hatte, an die Grenze zum neuen Kanton zu liegen. Einen ähnlichen Fall stellt die deutschsprachige Gemeinde Ederswiler im Kanton Jura dar, die sich ebenso deutlich für einen Verbleib beim Kanton Bern bzw. im Amtsbezirk Laufen ausgesprochen hatte.

Einem Abtausch der beiden Gemeinden steht insofern nichts im Wege, als sich die beiden betroffenen Kantonsregierungen im Grundsatz bereits darüber einig sind. Die nicht ganz unbestrittene Verfahrensfrage bildet jedoch die Ursache, dass der an sich unbestrittene Gemeindeabtausch nicht so reibungslos und mit der von den Betroffenen erhofften Geschwindigkeit über die Bühne gehen kann.

### Unnötiges Vorpellen

Béguelins Vorpellen in dieser Frage erfolgt etwas voreilig und

muss aus diesem Grund als weitere unnötige Provokation gewertet werden. Die Petitionskommission des Ständerats, die sich mit den Standesinitiativen der Kantone Bern und Neuenburg betreffend Aenderungen im Bestand der Kantone zu befassen hatte, will nämlich den Bundesrat bei diesem staatspolitisch bedeutsamen Problem zu einer etwas schnelleren Gangart zwingen. Der Bundesrat soll demnach nicht erst im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung, sondern bereits in «abschbarer Zeit» Anträge unterbreiten, auf welche Weise der Bund das Verfahren bei Gebietsveränderungen, unter anderem auch beim Wechsel bestimmter Kantonsgebiete, regeln soll.

Als Provokation, die ebenfalls im Zusammenhang mit Béguelins Vision einer Wiedervereinigung gesehen werden muss, wird auch die Tatsache aufgefasst, dass das RJ seine diesjährige Generalver-

sammlung nicht im Kanton Jura, sondern auf bernischem Territorium abzuhalten gedenkt.

### Absplitterserscheinungen

Die kompromisslose Haltungswiese des Rassemblement hat nicht nur bei den bernischen Behörden, sondern auch im separatistischen Lager selbst Kritik wachgerufen. Erst waren es die Vertreter der jurassischen Kantonsregierung, später weitere namhafte Politiker, und heute hat sich selbst die «graue Eminenz» des RJ, Ständerat Schaffter, klar vom harten Kurs des RJ distanzieren. Der Verzicht Schaffters, sich für eine Wiederwahl als RJ-Vizepräsident zu stellen, muss als deutliches Indiz für die Spannungen innerhalb der Separatistenbewegung gewertet werden. Für Schaffter, der eine flexiblere Politik des RJ im Südwesten befürwortet hätte, wurde die Schwelle bereits mit dem geplatzten Fest der Kantonsgründung am vergangenen 11. Mai überschritten, und in der Folge zog er sich immer mehr zurück; man vermisste seine Beiträge im «Jura Libre» und am letzten Fest des jurassischen Volkes trat er zum erstenmal nicht mehr als Redner auf.

Einem weiteren CVP-Spitzenpolitiker aus dem Jura scheint Béguelin mit seinen Eskapaden zu weit gegangen zu sein. Nationalrat Jean Wilhelm spricht im französischsprachigen Pressedienst der Partei ganz offen von einer Krise in der separatistischen Bewegung. Nach Wilhelm ist es logisch und normal, dass die politischen Uebertreibungen der RJ-Führung nicht mehr ohne weiteres geschluckt werden, vor allem seit dem Entscheid von Volk und Ständen zugunsten des neuen Kantons Jura.

Diese Absplitterserscheinungen innerhalb des RJ dürften für die künftige Jurapolitik nicht ohne Folgen sein. Die Frage bleibt nur, ob sie der Führung der Bewegung freie Hand zu einem noch härteren Kurs geben oder ob man sich in der Separatistenzentrale in Delsberg nicht endlich darauf besinnt, dass in der Schweiz mit Kompromissbereitschaft und einem ausgeprägten Sinn für die Realitäten noch alleweil mehr erreicht werden konnte als mit Starrköpfigkeit und Provokationen.

### Bedeutung wird allmählich erkannt

## Tourismus auf politischem Parkett

In Kreisen von Tourismus und Gastgewerbe wird immer wieder die mangelnde Vertretung dieses für die schweizerische Volkswirtschaft und für die wirtschaftlichen Randgebiete wichtigen Wirtschaftszweiges in den eidgenössischen Behörden bejammert. Wenn Forderungen von Hotellerie, Restauration und Touristikwirtschaft in Bern nicht gleich auf offene Ohren stossen, heisst es in der Branche bald einmal, «der Schweizer Tourismus habe halt keinen Vorort» und finde im Bundeshaus so wenig Verständnis, weil er dort zu schwach vertreten sei... Dass dem nicht ganz so ist, zeigt René Frech auf:

In erster Linie richtet sich das Bedauern auf die Vertretung im eidgenössischen Parlament, denn niemand in der klein- und mittelbetrieblich strukturierten Fremdenverkehrswirtschaft fordert ernsthaft die Schaffung eines «Departements für Tourismus», obwohl die Zersplitterung der Verwaltungsstellen, die sich mit fremdenverkehrspolitischen Fragen befassen, vielen ein Dorn im Auge ist.

### Zahlreiche tourismusverbundene Parlamentarier

Das Jammern um die schwächliche Durchsetzungskraft des Tourismus auf dem politischen Parkett verkennt allerdings, dass bereits im «alten» Parlament einige gewichtige Vertreter des Tourismus sass: so vor allem der Syndic von Montreux, Nationalrat Jean-Jacques Cevey (fdp.), der

nicht nur das Stadtoberhaupt eines klassischen Fremdenverkehrszentrums ist, sondern gleichzeitig auch Präsident der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ). Auch Nationalrat Anton Schutz (fdp.) war als Bündner Volksvertreter mit dem Tourismus aufs engste verbunden, bekleidet er doch das Amt eines Vizepräsidenten im «Verkehrsverein für Graubünden», dessen Präsident übrigens kein Geringerer als der jetzige Bundesrat Leon Schlumpf war. Mit dessen Einzug in die Landesregierung nimmt erstmals ein echter «Touristiker» dort Einsitz! Nationalrat Fred Rubi ist hauptberuflich Verkehrsdirektor von Adelboden. Er kennt somit die Probleme aus seinen Erfahrungen an der Alltagsfront, auch wenn er vielleicht für die gewerblich strukturierte Fremdenverkehrswirtschaft der falschen (sozialdemokratischen) Partei angehört.

Im «neuen» Parlament ist die «touristische Delegation» noch stärker geworden: Mit dem Davoser Landammann Dr. Christian Jost (fdp.) zog eine starke Persönlichkeit des Tourismus und ein Exponent eines der grössten Touristenzentren der Schweiz in die grosse Kammer ein. Neu im Nationalrat sitzt der Urner Raymond Gamma (fdp.). Er ist Präsident des Verkehrsverbandes Zentralschweiz. Auch der Berner Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Dr. Bernhard Müller (svp.) ist neuer Nationalrat; er ist

Präsident des «Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes». Der Wahlerfolg derartiger Exponenten des Fremdenverkehrs ist für den Tourismus wesentlich entscheidender als jener der zahlreichen Parlamentarier, die unter anderem auch in einem Gremium einer touristischen Organisation aufgeführt werden.

### FDP erhielt Tourismusnote 1

Eine parteipolitische Bewertung der «touristischen Delegation» zeigt, dass es vor allem Vertreter der FDP- und SVP-Fraktion der Bundesversammlung sind, die sich auf parlamentarischer Ebene für den Schweizer Tourismus exponieren. Im übrigen hat die führende Wochenzeitung für die Hotellerie, die «Hotel-Revue», auf Grund einer Analyse der Parteiprogramme der FDP mit Note 1 die beste Zensur für ihre tourismuspolitische Programmatik erteilt.

Tatsächlich ist die FDP die einzige Partei, die in ihrem Wahl- und Parteiprogramm dem Tourismus ein spezielles, ausführliches Kapitel gewidmet hat. Zudem besteht in der FDP der Schweiz ein aktiver Ausschuss für Tourismus (Präsident: Marco Solari, Tessin). Der touristische Fachausschuss wird sich noch in diesem Jahr mit dem neuen schweizerischen Tourismuskonzept und dessen politischer Umsetzung auseinandersetzen.

## Leserbriefe

### Zivildienst vor neuer Lösung

Erneut haben Volk und Politiker die Möglichkeit, zu der Frage eines zivilen Ersatzdienstes Stellung zu nehmen und eine Lösung vorzulegen. Vor drei Jahren hat eine Volksabstimmung über einen Zivildienst bei einem schweren, ethischen Gewissenskonflikt eine grossmehrheitliche Ablehnung gebracht. Nun ist eine neue Initiative eingereicht worden, die die heikle Prüfung der Gewissensnot umgeht und die innere Ueberzeugung mit einem Tatbeweis zum Ausdruck bringen muss. Es muss ein ziviler Ersatzdienst geleistet werden, der anderthalbmal länger dauert als die verweigerter Militärdienstpflicht. Bequemlichkeit, Wege des geringsten Widerstandes oder oberflächliche Proteste gegen den Dienstbetrieb scheiden damit als Begründung eines Zivildienstes aus. Ausschlaggebend für die neue Lösung ist, dass die im militärischen Verfahren kaum erfassbare Konfliktsituation des (nach früheren Formulierungen bloss «ethischen») Gewissens umgangen werden kann.

Die neue Zivildienstinitiative gibt uns Gelegenheit, das längst fällige Postulat eines Zivildienstes einer befriedigenden Realisierung zuzuführen. Nur mit Mühe kann der liberale Rechtsstaat — auch die Militärjustiz will sich an seine Grundsätze halten — einen Beschuldigten verurteilen, dem kein Verschulden im strafrechtlichen Sinn zukommt. Die ganz persönliche Lebensauffassung erlaubt einem Militärdienstverweigerer nicht, mit brutaler Waffengewalt gegen das Leben von Mitmenschen vorzugehen, von Mitmenschen zudem, denen meist keine Schuld am Krieg zukommt. Sein ganzes Verhalten ist auf diese Ueberzeugung ausgelegt: er zeigt ein überdurchschnittliches Engagement in der Gemeinschaft, verkräftet mit Mühe die alltäglichen Aggressionen, fürchtet sich vor eigenen Konflikten. Er lebt so konsequent wie möglich nach seinem grundsätzlichen Prinzip der Gewaltlosigkeit und der tiefen Ehrfurcht dem menschlichen Leben gegenüber. Die Verweigerung des Militärdienstes ist eine seiner Konsequenzen.

### Unbefriedigende Urteile

In dieser Situation muss ihn der militärische Richter wegen Dienstverweigerung verurteilen. Er hat dabei keine andere Möglichkeit, als eine unbedingte Gefängnisstrafe auszusprechen. Unbedingt deshalb, weil der «Täter» auch nach der Verurteilung der Dienstpflicht nicht nachkommen wird und deshalb die zum bedingten Strafvollzug notwendige gute Prognose fehlt. Man kann es bei solchen Verfahren er-

leben: Die Bestrafung erscheint ungerecht, die einzig mögliche Lösung einer unbedingten Gefängnisstrafe für den Richter unbefriedigend. Der Beschuldigte hat ähnlich einer Notstandssituation die Konsequenzen seiner Ueberzeugung vollzogen. Man kann ihm nichts Verwerfliches vorhalten, er hat eigentlich gar kein Delikt begangen.

### Wehrbereitschaft bleibt erhalten

Es kann auch niemand ernstlich behaupten, die wenigen Dienstverweigerer würden der Allgemeinheit schaden, indem die militärische Sicherheit geschmälert würde. An der Wehrbereitschaft und an der allgemeinen Wehrdienstpflicht wird überhaupt kein Abbruch getan; sie werden weder geschwächt noch ihres Sinnes entleert. Dagegen wird man einer primären Anforderung des Rechtsstaates gerecht: Nur subjektiv und objektiv Unrechtes soll bestraft werden, die persönliche Einstellung des «Täters» wird respektiert, gesühnt muss nur das werden, was dem Mitmenschen oder der Allgemeinheit schadet. Die Bestrafung um eines Prinzips willen hat bei uns keinen Platz.

Unser Strafrecht bestraft nur denjenigen, der schuldhaft, ungerechtfertigt und verwerflich handelt. Dies trifft für überzeugte Militärdienstverweigerer nicht zu. Wir müssen nun Wege finden, diese störenden Verurteilungen zu umgehen. Gerade die Liberalen müssen sich diesen Ueberlegungen zugänglich zeigen.

### Eine grössere Opferleistung

Im letzten Jahr haben rund 340 junge Männer ihren Militärdienst verweigert. Nicht alle haben dies aus einer inneren Konfliktsituation und einer Gewissensnot getan. Es ist aber anzunehmen, dass mit der Einführung des neu umschriebenen Zivildienstes diese Zahl nicht erhöht wird. Die anderthalbmal längere Dauer der Dienstpflicht werden gewiss nur jene in Kauf nehmen, die ihre Einstellung überdacht haben und bereit sind, für ihre innere Bedrängnis eine grössere Opferleistung zu erbringen. Dies haben wir zu achten, nicht zu bestrafen.

Es ist zu hoffen, dass die Parlamentarier und das Volk die Gelegenheit wahrnehmen, einem primären Anspruch der Bürger eines liberalen Staates zu entsprechen und dem neuen Zivildienst zum Durchbruch zu verhelfen.

Jörg Aeberhard, Solothurn